

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 30 38/39  
Telex: 36 86 846 pcbn d

## Inhalt

Jürgen Egert MdB, Mitglied  
des SPD-Fraktionsvorstan-  
des, formuliert Anmerkun-  
gen zu den sozialpoliti-  
schen Vorstellungen der  
Frau Dr. Adam-Schwaetzer:  
Sozialer Darwinismus.  
Seite 1

Hans-Jürgen Kahrs, Senator  
für Inneres der Freien  
Hansestadt Bremen, zur  
Volkszählung 1983: Bremen  
geht einen besonderen Weg.  
Seite 3

### Dokumentation

Auszüge aus der Eröffnungs-  
ansprache Willy Brandts  
beim SI-Kongreß in Aibu-  
feira: Den Herausforde-  
rungen der Zeit stellen.  
Seite 5

38. Jahrgang / 66

7. April 1983

### Sozialer Darwinismus

Anmerkungen zu den sozialpolitischen Vorstellungen der  
Frau Dr. Adam-Schwaetzer

Von Jürgen Egert MdB  
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Waren die Vereinbarungen der drei koalitierenden Rechts-  
parteien noch mehr verblasen als eindeutig, schafft die  
sozialpolitische Minenhündin Dr. Adam-Schwaetzer - im Neben-  
beruf Apothekerin - Klarheit. Sie gibt die Richtung an, mit  
der das Sozialstaatsgebot der Verfassung nicht nur beschnit-  
ten, sondern ein gründlich neu geschneidertes Kleid bekom-  
men soll. Der soziale Liberalismus bekommt einen letzten  
Fußtritt, Friedrich Neumann, Karl-Hermann Flach, Hanshein-  
rich Schmidt sollen mit Gewalt vergessen gemacht werden.

Da wird der gesamte modische Schnickschnack der sozialpoli-  
tischen Diskussion beschworen, um den Blick darauf zu ver-  
stellen, was die Frau Generalsekretärin wirklich will. 100  
Jahre Sozialversicherung noch 1981 feierlich von allen im  
Parlament vertretenen Parteien beschworen, sollen zurückge-  
dreht werden; frühkapitalistische Verhältnisse nach der  
Vorstellung einer rechten Wirtschaftspartei sollen fröhli-  
chen Urstand feiern. Sozialer Darwinismus ist die Philoso-  
phie der Stunde. Graf Otto und sein Papier lassen grüßen.

Wem die Mittel ausgehen, um der Würde des Menschen entspre-  
chend zu helfen, der will nun die Caritas der Konservativen,  
den Geist heilender und helfender Gesinnung, mit dem anarchi-  
schen Freiheitsbegriff der Freien Demokraten paaren.

An diese Selbsthilfe zum Nulltarif, die den Schwachen den  
Unten und Oben unserer Gesellschaft willkürlich ausliefert,  
denken Sozialdemokraten tatsächlich nicht, wenn sie über  
Selbsthilfe und Selbstverantwortung nachdenken.

Für uns ist die soziale Dimension von Freiheit unverzicht-  
bar, wenn Selbsthilfe und Selbstverantwortung wirklich eine  
Chance bekommen sollen.

Wer mehr Zuwendung verlangt, muß wissen, daß sie ihren ange-  
messenen Preis hat. Wer Familie sagt, wenn er mehr Zuwendung

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 612-1

Verlag der  
Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands



meint, weiß, daß er einseitig den Frauen mehr Lastenaufbürden will, weiß, daß er das seit 30 Jahren geltende Gleichberechtigungsgebot der Verfassung mit Füßen tritt.

Solidarität ist bei Frau Dr. Adam-Schwaetzer nicht mehr als ein leeres Wort. Was sie will, ist soziale Leistungen zu kommerzialisieren und soziale Risiken zu individualisieren. Den Gewinn anderer sollen die Opfer unserer Leistungsgesellschaft dann auch noch finanzieren. Grundversorgung und Wahlfreiheit sind die neuen Zauberformeln, die die neue Regierung vom Sozialstaatsgebot der Verfassung entbinden sollen.

Ein gigantischer Rentenbetrug wird vorbereitet, wenn die FDP-Generalsekretärin Elemente des Kapitaldeckungsprinzips der Lebensversicherung in die Rentenversicherung einführen will. Im Klartext heißt dies, das geltende Solidarprinzip, den Vertrag zwischen den Generationen abzulösen durch das Geschäftsinteresse der Lebensversicherer, wo im Hintergrund Graf Lambdorff und Walter Leisler-Kiep die Aktien halten.

Wäre es nicht zu ernst, müßte es ein Höllengelächter auslösen, was Frau Dr. Adam-Schwaetzer als Befund zur Krankenversicherung erhebt. Der Kranke, der Patient, der Beitragszahler ist es, der mit seinem Anspruchsdenken das Leid der Krankenversicherung verursacht. Aristoteles hin oder her, die Wahrheit ist, daß sich Ärzte, Pharma-Industrie und Krankenhäuser schiedlich-friedlich die circa 93 Milliarden DM teilen, die hälftig aus dem Geldbeutel der Versicherten kommen. Wessen Anspruchsdenken muß denn angesichts dieses Sachverhalts beschnitten werden, Frau Dr. Adam-Schwaetzer? Wie soll denn die Wahlfreiheit aussehen, die sie denen andienen, deren Portemonnaie ihnen die Wahl gar nicht ermöglicht? Wettbewerb und Wettbewerbschancen so zu mehren, ermöglichen zwar Geschäfte aber keine vernünftige Versorgung der Kranken.

Ganz und gar zynisch wird es, wenn Frau Dr. Adam-Schwaetzer die Arbeitslosen zu erhöhter Selbstverantwortung auffordert. Nicht nur, daß sie das Risiko arbeitslos zu werden einseitig tragen sollen, nein nun höhnt unsere Wirtschaftsliberale sie auch noch. Ihre Vorschläge kommen aus der kapitalistischen Rumpelkammer. Um dem Unternehmensinteresse zu dienen, soll statt der generellen Krankschreibung eine eingeschränkte Arbeitsfähigkeit eingeführt werden, bei der Fortzahlung des Arbeitsentgelts soll eine Selbstbeteiligung des Kranken eingeführt werden. Profit as profit can - die Maschine Mensch soll dem Unternehmer optimal dienen. Das Ganze krönt der Vorschlag, eine der zentralen Errungenschaften der Gewerkschaft die Lohnfortzahlung versicherungsrechtlich zu regeln. Im Klartext heißt das, den Arbeitnehmern, die jetzt schon erhebliche Einbußen bei ihren Realeinkommen hinnehmen müssen, soll erneut in ihren Geldbeutel gegriffen werden, um Vorsorge für den Krankheitsfall zu treffen.

Frau Dr. Adam-Schwaetzer will, daß ihr interessegebundenes Nachdenken im Salon zu Ergebnissen im betrieblichen Alltag führen soll. Ihre Forderung geht an die Adresse des Bundesarbeitsministers. Man darf gespannt sein, ob auch unter der gewendeten Regierung der Schwanz mit dem Kopf des Dackels wackeln darf.

Herr Scharrenbroich, Herr Blüm wir erwarten Ihre Antwort. Wir Sozialdemokraten werden im Verein mit unseren Freunden bei den Gewerkschaften entschieden Front machen gegen diesen tolldreisten Versuch einer Biederfrau, Brand zu stiften und sozialen Unfrieden zu säen.

Wir hoffen, daß sich der Widerstand auch bei den verbliebenen kritischen Geistern in der veröffentlichten Meinung formiert.  
(-/7.4.1983/ks/ca)

+ + +



Volkszählung 1983  
-----

Bremen geht einen besonderen Weg

Von Dr. Hans-Jürgen Kahrs

Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen

1. Die Zähler werden die Auskunftspflichtigen darüber belehren, daß die Angaben über Telefon-Nummer (S. 1), Amtsbezeichnung (Haushaltsbogen Frage 16) und Lohnzahlung (Arbeitsstättenbogen Frage D 2) freiwillig sind.
2. Der Erhebungsbogen wird - außer an das Rechenzentrum der bremischen Verwaltung für die Datenaufnahme - keiner anderen Stelle oder Person, also auch nicht an die Meldeämter, weitergegeben.
3. Die Erhebungsbogen werden vom Statistischen Landesamt vernichtet, sobald der Datenbestand fehlerfrei ist, voraussichtlich bereits gegen Ende 1984. Sie bleiben bis zur Vernichtung im Statistischen Landesamt unter Verschuß.
4. Die für die Organisation und Durchführung der Zähler unentbehrlichen Daten (Kenn-Nummer, Zählerlisten-Nummer und so weiter) werden nicht an andere Stellen übermittelt.
5. Der über den einzelnen gespeicherte Datensatz wird anonymisiert. Hierzu werden, sobald der Datenbestand fehlerfrei ist und die regionale Zuordnung des einzelnen zu seinem statistischen Bezirk gesichert ist, Straße, Haus-Nummer und Kenn-Nummer des Erhebungsbogens gelöscht.

Das bedeutet, daß der einzelne in der Menge der Einwohner seines statistischen Bezirkes (Baublock) untergeht und nicht wieder aufgefunden werden kann. Eine Reidentifizierung des einzelnen ist dadurch ebenso ausgeschlossen wie die Weitergabe von Einzeldaten mit (identifizierbarem) Personenbezug.

6. Trotz gesetzlicher Zulässigkeit (Paragraph 9 Absatz 2 und 3 VZ-Gesetz) werden vom Statistischen Landesamt keine Einzeldaten aus der Volkszählung 1983 an andere bremische Behörden oder an Dritte weitergegeben. Notwendige oder gewünschte statistische Aufbereitungen erfolgen nach den Grundsätzen des Landesstatistikgesetzes ausschließlich durch das Statistische Landesamt selbst.
7. Bei Anforderung von Einzeldaten durch außerbremische Stellen (Paragraph 9 Absatz 2 und 4 VZ-Gesetz) prüft das Statistische Landesamt Anforderungsanspruch sowie Notwendigkeit und Gesignetheit der Daten für den bei der Anforderung genannten statistisch/plannerischen Zweck. Es stellt die Daten nur dann zur Verfügung, wenn die von der anfordernden Stelle beabsichtigten statistischen Arbeiten vom Statistischen Landesamt selbst nicht durchgeführt werden können. Im übrigen schließt Regelung Nummer 5 erkennbaren Personenbezug aus.



8. Über alle Anforderungen von Einzeldaten wird der Landesbeauftragte für den Datenschutz unterrichtet.
9. Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei, der Bereitschaftspolizei, des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Steuerverwaltung werden nicht als Zähler eingesetzt.
10. Zähler erhalten keinen Zählbezirk in ihrer Nachbarschaft.
11. Der Zähler erhält weder für die Erfassung bislang nicht gemeldeter Personen noch für die Erfassung von Ausländern eine besondere Zulage ("Kopfprämie").
12. Der Auskunftspflichtige kann den ausgefüllten Erhebungsbogen statt dem Zähler zu übergeben auch in einem geeigneten Briefumschlag der Erhebungsstelle selbst übergeben oder an sie übersenden.
13. Beim Abgleich der Einwohnerdaten im Melderegister mit Angaben aus der VZ 1983
  - wird dem Meldeamt nicht der Fragebogen zur Auswertung zur Verfügung gestellt,
  - werden aus den Fragebogen nur Namen, Geburtsdatum, Anschrift, Geschlecht und Angaben über den Wohnungsstatus (Haupt- oder Nebenwohnung) auf einem besonderen Blatt übermittelt,
  - wird nur abgeglichen, ob jemand sich noch nicht an- oder abgemeldet hat oder ob seine Angaben über seine Wohnung als Haupt- oder Nebenwohnung (noch) zutreffend sind,
  - wird das Ergebnis des Abgleichs anderen Stellen nur im Rahmen des üblichen Mitteilungsverfahrens nach dem Meldegesetz übermittelt, nicht jedoch in Form einer Zusammenstellung aller berichtigten Fälle,
  - werden keine Bußgeldverfahren wegen Verletzung von Meldepflichten eingeleitet.

(-/7.4.1983/ks/ca)

+ . + . +



## D O K U M E N T A T I O N

Der Präsident der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt MdB, hat am Donnerstag den SI-Kongreß in Albufeira/Portugal unter anderem mit folgenden Ausführungen eröffnet:

### Den Herausforderungen der Zeit stellen

Die Welt sieht wahrlich nicht heller aus, seit wir uns vor zweieinhalb Jahren in Madrid zu unserem vorigen Kongreß getroffen haben.

Die Kräfte der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus, haben es in dieser Zeit gewiß nicht leicht. Umso mehr freuen wir uns über die stolzen Erfolge, die unsere Parteien haben erringen können: in Frankreich und in Spanien, in Schweden, Finnland und in Griechenland, in der Dominikanischen Republik, in Costa Rica, vor wenigen Wochen erst in Australien.

Leider fehlt es auch nicht an Rückschlägen. Wir wollen uns dadurch nicht entmutigen lassen. Prüfen wir stattdessen immer wieder neu, wie wir die Kraft unserer Ideen, unserer Moral und unseres politischen Gestaltungswillens so bündeln können, daß Frieden, Freiheit und Solidarität dadurch gestärkt werden.

Wirklichkeitsfremder Optimismus liegt uns fern; er hilft nur unseren Widersachern. Wir wissen: die Weltkarte weist weiterhin viele, zu viele weiße (oder unterschiedlich gefärbte) Flecken auf, in denen freiheitlicher, demokratischer Sozialismus noch immer keine Chance erhält.

Auch heute, 1983, leidet die Welt unter einer Vielzahl autoritärer Regime und blutiger Diktaturen, die sich dem Freiheitsdrang ihrer Bürger in den Weg stellen und sie in ihrer Würde erniedrigen. Die Befreiung des Menschen von Not und Elend ist universell noch immer nur eine Forderung und längst keine Realität.

Was wir repräsentieren, entspricht der Hoffnung vieler: Deshalb sollten wir diesen Kongreß nutzen, um unsere Ziele neu zu bestimmen und die Ausstrahlungskraft unserer Internationale zu stärken.

Wir hatten gehofft, diesmal in Sydney tagen zu können. Ich denke, es wird sich uns bald eine andere Gelegenheit bieten, die Verbundenheit mit unseren Freunden in Australien und Neuseeland - und darüber hinaus in der pazifisch-asiatischen Region, nicht zuletzt in Japan - zu bekräftigen.

Nun sind wir in Portugal, und dieses schöne Land mit bedeutender Geschichte bietet uns gewiß einen besonders geeigneten Rahmen. Portugal steht heute erneut vor einer wichtigen politischen Weggabelung: Wir möchten der gastgebenden Partei - mit unserem Freund Mario Soares an ihrer Spitze - Dank sagen und größtmöglichen Erfolg wünschen.

Am besten helfen wir einander, indem wir mit Sachkunde und Engagement über die Probleme beraten, die uns alle herausfordern und bedrängen - und damit verbinden.

### Welt in der Krise

Das Motto unseres Kongresses handelt von der Welt in der Krise und von der Antwort, die wir zu geben vermögen.

Laßt mich in aller Offenheit sagen: Ich bezweifle, ob wir wirklich über die Antwort auf die Weltkrise, zumal auf deren in der Ökonomie begründeten Teil, verfügen. Doch bedenkenswerte, weiterführende Teil-Antworten haben wir gewiß. Und im übrigen verstehe ich unsere internationale Gemeinschaft als einen Ort, dessen eigentliche Bestimmung es ist, uns einander helfen zu lassen, mit den Herausforderungen dieser Zeit fertig zu werden.

Das ist die Aufgabe: Stellen wir uns den Herausforderungen der Zeit. Andere werden es nicht für uns tun! Laßt uns diesen Kongreß nutzen, um unsere Positionen möglichst konkret zu bestimmen. Das würde uns allen in unserer nationalen Verantwortung und bei unseren internationalen Bemühungen helfen können.



Die Zukunftsaussichten haben sich seit dem Beginn der achtziger Jahre weiter drastisch verschlechtert, wenn auch für manche viel stärker spürbar als für andere. Das gilt für die Weltwirtschaft allgemein und zumal für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das gilt ebenso für die dramatisch angewachsenen Gefahren, die sich aus der Zerstörung unserer Umwelt und der rücksichtslosen Ausbeutung knapper, kostbarer Ressourcen ergeben - mit einer früher nicht erkannten Art von Verelendung als Folge. Das gilt nicht zuletzt für die zusätzliche Verarmung durch den sich überschlagenden Rüstungswettlauf.

Niemals zuvor stand das Überleben der Menschheit im ganzen in Frage. Nie zuvor war die Menschheit in der Lage, sich selbst wirklich auszurotten - nicht nur als denkbares Ergebnis eines weltweiten Wettrüstens, sondern auch als Folge unkontrollierter Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt. Dies hat es in der Geschichte der Menschheit bisher nicht gegeben. Wir könnten uns gar zu Tode rüsten, ohne daß wir jenen Krieg überhaupt führen: Indem man die Volkswirtschaften erdrosselt und es in sträflicher Weise versäumt, für kommende Zeiten vorzusorgen.

Jedermann weiß - oder sollte wissen -, wohin die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre schließlich führte. Jeder sollte wissen, welche immensen Gefahren die gegenwärtige internationale Krise birgt. Und daß nur eine grundlegende Reform der weltwirtschaftlichen Beziehungen beitragen kann, die Gefahren zu überwinden.

Tatsächlich haben wir es mit einem explosiven Gemisch nationaler und internationaler Krisenfaktoren zu tun. Nicht nur in den entwickelten Industriegesellschaften sehen wir uns Widersprüchen gegenüber, die uns moralisch empören und politisch schwer zu schaffen machen: Ein noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltenes Heer von Arbeitslosen, gleichzeitig viel Arbeit, die zu leisten wäre. Groteske Fehlleitungen von Ressourcen in nutzlose Vorhaben, gleichzeitig ein drückender Mangel an Mitteln für Zukunftsinvestitionen.

Auf oft kaltschnäuzige Weise werden Ressourcen vergeudet, geht biologischer Reichtum verloren. Die Interessen künftiger Generationen werden grob vernachlässigt. Soziale Entscheidung und das Empfinden der Menschen spielen nur eine untergeordnete, wenn überhaupt eine Rolle.

Und als ob das nicht reicht, wird in den letzten Jahren in einigen Industriestaaten, in flagrantem Widerspruch zu den gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen, eine primitive, frühkapitalistische Wirtschaftsideologie propagiert, die diese Probleme verschärft und nicht löst.

Indessen wird in vielen Ländern das Prinzip des Wettbewerbs unserer Volkswirtschaften zunehmend außer Kraft gesetzt. Konzentrationsvorgänge sind überall sichtbar.

Die Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht ist überdeutlich. Auch die miserable Verteilung von Gütern unter den Menschen - sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab - zeugt von der mangelnden Leistungsfähigkeit der vorhandenen Steuersysteme. Eine ganze Reihe der Länder, von denen ich spreche, sind dabei, durch eine prozyklische Wirtschaftspolitik die Gefahren weiter zu verschärfen.

Selbst in reichen Ländern taucht blanke Not wieder auf, die leicht zum Nährboden irrationaler Reaktionen werden kann. Wer von uns Älteren hätte gedacht, daß er in seinem Leben zum zweiten Mal Bilder aus den reichen Ländern mit ansehen müßte, auf denen Tausende von Menschen nach einem Teller Suppe anstehen?

Ich halte es nicht für einen Trost, daß die Steuerungsmechanismen in den Ländern des Warschauer Pakts noch weniger überzeugen. Daß dort die Rückständigkeit und Verkrustungen noch lähmender wirken. Daß ein Teil dieser Länder in Auslandsschulden zu versinken droht, ohne ein Rezept zu finden, die legitimen Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Oder angemessen dazu beizutragen, daß systemüberwölbende Fragen beantwortet werden.

Sprechen wir nicht zuletzt von der Dritten Welt: Die Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage bedeutet hier zigtausendfach die akute Bedrohung nackter menschlicher Existenz. Kein Wunder, daß daran die - nicht selten ohnehin fragile - politische Stabilität vieler Entwicklungsländer zu zerschellen droht. Tatsächlich haben sich die ohnehin



nicht überschwenglichen Hoffnungen darauf, die Lage durch eine Reform des bestehenden Weltwirtschaftssystems zu verbessern, gerade in den letzten Jahren deutlich verringert. Zugleich bedeuten wachsende Zahlungsungleichgewichte die Gefahr einer schweren Krise in den internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen. Das bestehende Instrumentarium reicht nicht aus, mit diesen Ungleichgewichten sowie mit der Bewältigung der globalen Liquiditäts- und Schuldenprobleme fertig zu werden, katastrophale Zusammenbrüche sind nicht auszuschließen.

Ein erster sogenannter Nord-Süd-Gipfel hat zwar im Herbst 1981 in Cancun/Mexico stattgefunden, doch jene Veranstaltung hat die in sie gesetzten Erwartungen bei weitem nicht erfüllt oder erfüllen können. Von dort gingen weder neue Leitlinien aus, noch irgend ein wirksamer Impuls für wirksame Verhandlungen. Entschlossene Maßnahmen zur Belebung der Weltwirtschaft wurden nicht ergriffen.

Inzwischen hat die Unabhängigkeit Nord-Süd-Kommission einen Zusatzbericht unterbreitet, in dem ein Programm von Dringlichkeitsmaßnahmen - Finanzen, Handel, Lebensmittel und Energie - begründet wird. Ich empfehle dieses Programm unser aller Aufmerksamkeit. Und gleichzeitig bitte ich um Unterstützung dafür, daß UNCTAD in Belgrad in zwei Monaten zu einer Tagung gemacht wird, auf der man ausbricht aus dem Zirkel der ebenso wohlformulierten wie nutzlosen Reden.

Eine gründliche Reform der Bretton-Woods-Institutionen, wie sie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges - in einer anders beschaffenen Welt als heute - geschaffen wurden, ist dringend geboten.

Die seit langem angestrebten Globalverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen sollten auch endlich beginnen. Eine umfassende Verständigung ist sicherlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Weil solche umfassenden Verhandlungen auch im günstigsten Falle eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen werden, kommt einem Programm von Dringlichkeitsmaßnahmen umso größere Bedeutung zu.

#### Frieden, Fortschritt und Gerechtigkeit gehören zum Ringen um Menschenrechte

Ich sage noch einmal: ein Patentrezept, mit dem wir die immensen Schwierigkeiten mit einem Schlag beseitigen könnten, gibt es nirgendwo, auch uns steht es nicht zur Verfügung. Doch um die eigentlichen Fragen, die alten und die neuen, wollen gerade wir uns nicht herumschleichen. Es wird vieler, gebündelter Anstrengungen, auf den unterschiedlichen Ebenen, bedürfen, um endlich von jenem gefährlichen Abhang wegzukommen, auf den die Menschheit sich begeben hat. Woran es mangelt, um mit den Herausforderungen der gegenwärtigen Krise fertig zu werden, sind nach meiner festen Überzeugung nicht die bloß "technischen" Lösungen. Diese sind größtenteils längst bekannt.

Was uns fehlt, ist ein klares und weithin akzeptiertes Verständnis der Lage und ihrer Gefahren. Es fehlt der koordinierte politische Wille, der erforderlich ist.

Mur in einem neuen Geist der Solidarität, der auf Respekt vor dem jeweiligen nationalen Erbe und dem Wohl der Völkergemeinschaft beruht, können wir die so dringend benötigten Lösungen finden. Diesen Geist zu fördern, Bewußtsein zu schaffen für die Erfordernisse unserer Zeit: darin läge eine hervorragende Aufgabe, in der sich unsere Parteilanggemeinschaft neu bewähren könnte.

Ich sehe hier für Sozialdemokraten, für freiheitliche Sozialisten in aller Welt eine Chance, die sich anderen kaum bietet. Wir können, gestützt auf unsere Überzeugungen und Traditionen, glaubwürdig darauf hinweisen, daß alle sich einzuordnen und ihren Beitrag zu leisten haben. Es gilt, Ungerechtigkeit und krasse Ungleichheit sowohl international als auch in den einzelnen Staaten zu überwinden. Ein größerer Teil der Last wird zweifellos von denen zu tragen sein, die reicher sind und über kräftigere Schultern verfügen.

Der globale Ansatz ist nicht auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken. Aber ohne eine Lösung der drückenden wirtschaftlichen Fragen wird man schwerlich die anderen Schwierigkeiten meistern. Jegliche Weltordnung, die unseren Maßstäben genüge und den Geboten der Vernunft entspreche, muß jedenfalls auf der Respektierung des Individiums und seiner wesentlichen Rechte aufbauen, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert sind. Frieden und Fortschritt und Gerechtigkeit lassen sich vom Ringen um die elementaren Menschenrechte nicht trennen.



Im Jahre 1982, als andere Spannungen den ohnehin schon gefährlichen Ost-West-Konflikt noch einmal dramatisch ergänzten, beliefen sich die Militärausgaben weltweit auf etwa 650 Milliarden Dollar. Das Waffenarsenal, das längst ausreichte, die Menschheit mehrfach zu vernichten, wird weiter vergrößert. Für mich ist kein Zweifel daran, daß diese - objektiv gesehen - gigantische Verschwendung von Geld und Material, Geist und Arbeit die Weltwirtschaft zusätzlich belastet und die Weltwirtschaftskrise verschärft. Auch aus ökonomischen Gründen muß dem Wettrüsten ein Ende bereitet, müssen Mittel zugunsten produktiver Zwecke umgelenkt werden.

Für viele Menschen ist es zu einem unerträglichen Widerspruch geworden, daß in einem Jahr Hunderte von Milliarden für Rüstungen ausgegeben wurden, während ein Bruchteil davon ausreichen würde, um Hunderte von Millionen nicht Hunger leiden zu lassen.

Die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Entwicklung, zwischen Wettrüsten und Weltwirtschaft verdienen, klarer herausgearbeitet zu werden. Ich hoffe, wir werden dazu einen gewichtigen Beitrag leisten können. Und ich trete nachdrücklich für eine Vereinbarung ein, durch die sich die Staaten verpflichten, auf zunächst fünf Prozent ihrer Militärausgaben zu verzichten und die dadurch freiwerdenden Mittel für Zwecke der Entwicklung einzusetzen.

Gleichzeitig sollten wir - so rasch es irgend geht - einen internationalen Beschäftigungspakt herbeiführen helfen, auf dessen Grundlage die Industriestaaten gemeinsam wieder eine expansivere Wirtschaftspolitik betreiben. Die vor kurzem von unseren französischen Freunden angeregte, mit anderen sozialistisch geführten Regierungen auf den Weg gebrachte gemeinsame Plattform für den nächsten sogenannten Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg könnte hierzu einen durchschlagenden Anstoß geben.

Ich habe internationale Anstrengungen in den Vordergrund gestellt. So entspricht es der Dimension der Probleme, so entspricht es auch dem Charakter unserer internationalen Gemeinschaft. Aber natürlich wird es auch erheblich darauf ankommen, daß zumal in den wirtschaftlich starken Industriestaaten eine Politik betrieben wird, die die Borniertheit der letzten Jahre hinter sich läßt.

Es ist gewiß von Vorteil, wenn die Inflation in den meisten Industrieländern zurückgeht. Auch ist unumstritten, daß übertriebene Budgetdefizite auf die Dauer untragbar sind. Aber man darf die Weltkonjunktur auch nicht kaputtsparen. Es ist wirtschaftlich vernünftiger und sozial gerechter, über Kredite Arbeit zu bezahlen, als Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer - besonders der Frauen - öffentliche und private Investitionen im Umweltschutz und der Energieversorgung sowie ein verstärkter Wohnungsbau können erhebliche Wirkungen erzielen, zumal wenn man die kumulativen Folgen in Betracht zieht. Dienstleistungen kommen hinzu, wo es um neue Beschäftigungsmöglichkeiten geht. Die Weichen für die 80er Jahre lassen sich in eine bessere Richtung stellen.

Bei den Überlegungen, die über den Tag hinausreichen, wird man nicht unberücksichtigt lassen dürfen, daß die immer raschere Entwicklung von Forschung und Wissenschaft und Technik die Gefahr mit sich bringt, daß die Menschen die Herrschaft verlieren über die von ihnen geschaffene Zivilisation. Und daß die Befreiung von den Zwängen der Natur umzuschlagen droht in die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir als demokratische Sozialisten haben solche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu fördern, die aus dem Dilemma herausführen: gesellschaftlicher Fortschritt erwächst nicht aus ungesteuerter Fortentwicklung aller Art produzierender Tätigkeit. Es bedarf mit Sicherheit einer verstärkten gesellschaftlichen und politischen Gestaltung des technischen Fortschritts.

Es wird in Zukunft für die Politik stärker als bisher darauf ankommen, nicht nur die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Existenz zu sichern, sondern den Menschen ihr Gestaltungsrecht zu erkämpfen, wo es sich darum handelt, wie wir leben und wie wir arbeiten wollen; auch darüber, was wir technisch haben und was wir nicht haben wollen.

Ich habe davon gesprochen, wie wichtig es ist, daß wir realistisch und unvoreingenommen das ganze Ausmaß der Herausforderungen begreifen. Also gilt es, unsere Augen auch nicht



zu verschließen vor den Verhärtungen im Ost-West-Verhältnis, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben.

Das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West war von Anfang an vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Inzwischen aber wehen eisige Winde, wie lange nicht mehr. Wir haben das nicht einfach hinzunehmen. Sondern wir haben uns zu fragen: Wie kann verhindert werden, daß die Früchte der Entspannungspolitik vollends verkommen? Welche Initiativen sind möglich, um allen Schwierigkeiten zum Trotz mitzuhelfen, daß Spannungen nicht noch verschärft, sondern daß sie reduziert und abgebaut werden?

Die völkerrechtswidrige, für keinen von uns hinnehmbare sowjetische Intervention in Afghanistan war für einige einflußreiche Leute in den USA der willkommenen Anlaß, Furcht vor der Sowjetunion in beschleunigte Rüstung umzusetzen und den Kalten Krieg zu kultivieren. Wir aber müssen darauf bestehen, daß illusionslos daran gearbeitet wird, den Entstammungsprozeß wieder aufzunehmen.

Auf die gefährlichen wirtschaftlichen Folgen, die von dem weltweiten Wettrüsten ausgehen, habe ich hingewiesen. Daneben steht die alte Erfahrung: Das Anhäufen von Waffenbergen schürt Mißtrauen. Und wo das Mißtrauen wächst, können Fehlkalkulationen leicht in Krisen und dann in kriegerische Konflikte münden. Dabei wissen wir doch alle: Ein dritter Weltkrieg würde die Existenz der Menschheit selbst aufs Spiel setzen.

Ich sage also heute noch einmal: Die Welt ist in Gefahr, sich zu Tode zu rüsten. Wir rennen immer schneller auf einen Abgrund zu, das heißt: Einige rennen und ziehen alle anderen mit. Zuerst an die beiden stärksten Mächte geht daher die dringliche Aufforderung, neue Wege einzuschlagen und mehr Sicherheit zu schaffen durch die Vereinbarung eines seriösen und gleichwertigen Rüstungsabbaus.

Wichtige Schritte, die zu mehr Stabilität führen könnten, sind in dem Bericht der Kommission enthalten, die von unserem Freund Olof Palme geleitet worden ist. Ich kann nur hoffen, daß die Mächtigen dieser Welt nicht zu lange damit warten, die verschiedenen Vorschläge ernsthaft zu prüfen und zum Bestandteil praktischer Politik zu machen.

Dabei denke ich gerade auch an die Teile, die darauf abzielen, die friedenssichernden Funktionen der Vereinten Nationen zu stärken. Dabei will ich nicht verhehlen, daß eine grundlegende Reform fast des gesamten UN-Systems fällig wäre.

(Die folgenden Passagen zu den Rüstungskontrollgesprächen in Genf und Wien sind in dem Pressedienst EUROPA vom 7. April 1983 dokumentiert).

#### Unverwechselbare Beiträge geleistet

Hier wird gewiß noch im einzelnen von Initiativen und Aktivitäten die Rede sein, die es im Rahmen unserer Gemeinschaft seit dem Madrider Kongreß gegeben hat.

Unsere Zusammenarbeit, unser Austausch von Gedanken und Erfahrungen, unsere Entschlüsse, Appelle und - nicht immer öffentlichen - Hinweise bezogen sich auf jene vielen Krisen und Probleme, die Welt in dieser Zeit bedrängt und erschüttert haben. Auf Polen ebenso wie auf den Persischen Golf, auf den Nahen Osten und auf die Krisenregionen Afrikas. Auf Falkland/die Malvinen, auf Süd- und Mittelamerika, und vor allem natürlich auf die Krise der Weltwirtschaft und auf die Sicherung des Weltfriedens.

Den hohen Erwartungen, die von vielen Seiten an uns gerichtet werden, haben wir natürlich bei weitem nicht immer gerecht werden können. Nicht selten wurden unsere Kräfte überschätzt. Und doch, so meine ich, hat sich unsere Arbeit gelohnt, haben wir unverwechselbare Beiträge leisten können, die in mehr als einem Fall weiterführten.

Natürlich konnten Auffassungsunterschiede in der Beurteilung einzelner Vorgänge, Nuancen in der Einschätzung unserer Wirkungsmöglichkeiten nicht ausbleiben. Das ist für sich genommen kein Schaden. Unsere Parteien wirken in verschiedenen Ländern unter oft unvergleichbaren nationalen Bedingungen, in verschiedenen Kontinenten. Sie sind zudem von unterschiedlichen Traditionen geprägt. Sie arbeiten unter spezifischen Bedingungen, die schon im unmittelbaren Nachbarland ganz anders sein können. Es muß also dabei bleiben: Wir wollen nicht über einen Leisten schlagen, was nicht auf einen Leisten paßt.

(-/7.4.1983/ks/ca)

+ + +

(fortsetzung erfolgt am 8. April 1983)

